

STADT HEINSBERG

ORTSLAGENKARTE M.: 1:5000



ALS BESTANDTEIL DER 1. ÄNDERUNG

ORTSLAGENSATZUNG - KARKEN

Legende:

Änderungsbereich

Rechtskräftige Bebauungspläne

Ortslage gem. § 34 (4) 1 und 3 BauGB

Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB i. V. m. § 34 Abs. 4 Satz 3 und 4 BauGB und § 3 der Ortslagen- und Abrundungs-

Fläche gem. § 4 (2 a) BauGB-MaßnahmenG
- Auf der gekennzeichneten Fläche sind gem. § 4 (2 a) Nr. 3 BauGB-MaßnahmenG i.
V. m. § 9 (1) Nr. 9 BauGB ausschließlich Wohngebäude zulässig

Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 25

(1) Für die einzelnen gekennzeichneten Bereiche wird festgesetzt:

Bereich (1): Bepflanzung der nördlichen und westlichen Grenzen zum Außenbereich gemäß Abs. 2.

Bereich (2): Bepflanzung der westlichen, südlichen und östlichen Grenzen zum unbeplanten Innenbereich gemäß Abs. 2.

Bereich (3): Bepflanzung der westlichen Grenze zum unbeplanten Innenbereich.

Bereich (4): Bepflanzung der südwestlichen und südöstlichen Grenzen zum Außenbereich gemäß Abs. 2.

Bereich (5): Bepflanzung der nordöstlichen und südöstlichen Grenzen zum Außenbereich gemäß Abs. 2; an der nordöstlichen Grenze sind auch die Baumarten Esche und Flatterulme zugelassen.

Bereich (6): Bepflanzung der nordöstlichen und südöstlichen Grenzen zum Außenbereich gemäß Abs. 2. Bereich (7): Bepflanzung der nordöstlichen, südöstlichen und südwestlichen Grenzen zum Außenbereich gemäß Abs. 2;

an der südwestlichen Grenze sind auch die Baumarten Esche und Flatterulme zugelassen. Folgende Bepflanzungstypen sind in den in Abs. 1 genannten Bereichen zulässig, wobei bereits vorhandene

Laubehölze zu erhalten und zum jeweiligen Bepflanzungstyp zu ergänzen sind:

Nr. 1: Schnitthecke aus Rotbuche, Hainbuche und/oder Eingriffeligem Weißdorn, 3 Stück/lfd. m, mindestens 0,70 m hoch; dazu im Abstand von 8 - 10 m Obsthochstammbäume oder im Abstand von ca. 15 m Hochstämme der Arten Walnuß und Vogelkirsche.

Nr. 2: Gehölzstreifen, mindestens zweireihig, aus Sträuchern der folgenden heimischen Arten: Feldahorn, Roter Hartriegel, Pfaffenhütchen, Rote Heckenkirsche, Hasel, Eingriffeliger Weißdorn, Hundsrose und Salweide. Die Mindestgröße der Gehölze beträgt 0,70 m. Die Gehölze sind im Abstand von 1 m und zur Nachbarreihe auf Lücke zu pflanzen. Im Abstand von 15 m ist anstelle einer Strauchart eine der folgenden Baumarten als leichter Heister zu pflanzen: Stieleiche, Hainbuche, Bergahorn, Vogelkirsche.

(3) Die Bepflanzungen sind fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

XXX Geändert nach der Offenlage 12.09.1995 - 12.10.1995

Textliche Festsetzung gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB für den Änderungspunkt 1.1:

Die Erschließung der Fläche hat von der Köllstraße aus zu erfolgen.

Textliche Festsetzung gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB für den Änderungspunkte 1.5: -Bauvorhaben im Bereich der freien Strecke der L 230 bedürfen der Zustimmung der Straßenbaubehörde -Die Anlage neuer Zufahrten und Zugänge zur freien Strecke der L 230 wird nicht gestattet -Im Hinblick auf die Emissionen der Landesstraße ist das Bundesimmissionsschutzgesetz zu beachten

Textliche Festsetzung gemäß § 9 (1) Nr. 11 BauGB für den Änderungspunkt 1.4 und 1.5:

Für die Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB der Änderungspunkte 1.4 und 1.5 wird folgende Bepflanzung festgesetzt:

Bepflanzung der Grenzen zum Außenbereich mit einem Gehölzstreifen, mindestens zweireihig, aus Sträuchern der folgenden heimischen Arten: Feldahorn, Roter Hartriegel, Pfaffenhütchen, Rote Heckenkirsche, Eingriffeliger Weißdorn, Hundsrose und Salweide. Die Mindestgröße der Gehölze beträgt 0,70 m. Die Gehölze sind im Abstand von 1 m und zur Nachbarreihe auf Lücke zu pflanzen. Im Abstand von 15 m ist anstelle einer Strauchart eine der folgenden Baumarten als leichter Heister zu pflanzen: Stieleiche, Hainbuche, Bergahorn, Vogelkirsche. Die Bepflanzungen sind fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

XXX Geändert nach der Offenlage 01.07.1997 - 31.07.1997

Die textlichen Festsetzungen gemäß § 9 (1) Nr. 25 BauGB für die Änderungspunkte 1.4 und 1.5 gelten auch für den Änderungspunkt 1.1.

Hinweis:

-Entlang der vorhandenen Gewässer ist ein 3 m breiter Streifen (ab OK-Böschung) von jeglichen baulichen Anlagen freizuhalten -Bei der Planung von unterirdischen Anlagen und baulichen Maßnahmen ist zu beachten, daß der Grundwasserstand bei

1 - 3 m unter Flur liegt -Außerhalb der Ortsdurchfahrten bedürfen Baugenehmigungen oder nach anderen Vorschriften notwendige Genehmigungen

der Zustimmung der Straßenbaubehörde, wenn bauliche Anlagen jeder Art

1. längs der Landesstraße in einer Entfernung bis zu 40 m, gemessen vom äußeren Rand der für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen;

bestehendem Anschluß erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen. Die Zustimmung darf nur versagt werden oder mit Bedingungen und Auflagen erteilt werden, wenn eine konkrete Beeinträchtigung der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs zu erwarten ist oder Ausbauabsichten sowie

Verfahrensdaten:

Der Aufstellungs- und Entwurfsbeschluß zur 1. Änderung der Ortslagen- und Abrundungssatzung wurde vom Planungs- und Verkehrsausschuß der Stadt Heinsberg am _____27.05.1997

Heinsberg, den 12.03.1998

(Franken) Ausschußvorsitzender

Heinsberg, den __20.04.1998

Der Entwurf zur 1. Änderung der Ortslagen- und Abrundungssatzung hat mit Begründung nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung analog § 3 (2) BauGB am 21.06.97 in der Zeit vom <u>01.07.97</u> bis <u>31.07.97</u> zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.

vorgebrachten Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange sowie der Bürger beraten und beschlossen. Heinsberg, den12.03.1998

Heinsberg, den <u>12.03.1998</u>

Der Planungs- und Verkehrsausschuß

der Stadt Heinsberg hat gemäß § 34

Abs. 5 i. V. m. § 13 und § 3 Abs. 2

BauGB in seiner Sitzung am

10.03.1998 über die

Die 1. Änderung der Ortslagen- und Abrundungssatzung wurde am

12.3.98 entsprechend § 34

Abs. 5 BauGB zur Genehmigung vorgelegt. Zu diesem Plan gehört die Verfügung vom 16. April 1998 Az.: 35.2,91-52-24. 98

Köln, den 16. April 1898

Bezirksregierung Köln Im Auftrage

Die Durchführung des Genehmigungsverfahrens ist entsprechend § 34 Abs. 5 i. V. m. § 10 Abs. 3 BauGB am 02.05.1938 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Heinsberg, den M.05.98

